



Seehofer und das Leid mit dem Kalender

Wer kennt es nicht: An manchen Tagen knubbeln sich die Termine derart, dass selbst für wichtige Dinge keine Zeit bleibt. Kommt es dann auch noch zu Terminkollisionen, dann bleibt am Ende nur, Termine abzusagen. Der Mensch kann sich nun einmal nicht zweiteilen.

Das Leid trifft auch - oder erst recht - einen Spitzenpolitiker wie Horst Seehofer. Der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident entschied sich in seinem Terminkalender am Donnerstag, 19 Uhr, für München - und gegen Kanzlerin Angela Merkel. Im Olympiapark in München ließ er es sich nicht nehmen, bei der Abschlusskundgebung zur Europawahl für seine Partei zu werben. Schließlich drohen kleine Parteien wie die Freien Wähler, die AfD, die FDP und die Linke der CSU den einen oder anderen Sitz im Europäischen Parlament zu stibitzen. Die eigene Wahl geht vor, sagte sich Seehofer. Dabei wollte Merkel beim traditionellen Kaminabend mit den unionsregierten Ländern deren Positionen für eines der wichtigsten Gesetze der Großen Koalition beraten: die Reform der Ökostrom-Förderung. Die berät an diesem Freitag der Bundesrat. Weit mehr als 100 Änderungsanträge haben die Länder eingebracht - und offen war selbst in der Union, wie sich Bayern bei den vielen Abstimmungen verhalten wird. dhs

Bayerische Justizaffäre ungeklärt

DÜSSELDORF. Die CSU kommt in der Affäre um den Großlaborbetreiber Bernd Schottendorf nicht um einen Untersuchungsausschuss im bayerischen Landtag herum. Auch nach langen Vorträgen aus dem Justizministerium und der Generalstaatsanwaltschaft im Rechtsausschuss blieb unbeantwortet, warum sich die Staatsanwaltschaft nicht an die Absprache hielt, ein Pilotverfahren abzuwarten, bevor sie Dutzende anderer Fälle gegen mutmaßlich betrügerische Ärzte und Geschäftspartner Schottdorfs einstellte und Tausende verjährten ließ. Die Opposition beharrte auf dem Ausschuss. Er soll klären, ob die Beamten zu einem Schaden von mehreren Hundert Millionen Euro beitragen. iw/ke

Angriff auf die Willkommenskultur

Bundespräsident Gauck betont den Wert der Einwanderung. Doch die Regierung plant neue Hürden.

- Zuwanderung steigt auf 20-Jahres-Hoch.
- Angela Merkel lehnt EU-Sozialunion ab.

Frank Specht
Berlin

Der 65. Geburtstag des Grundgesetzes ist ein urdeutsches Ereignis. Doch Bundespräsident Joachim Gauck nutzte die Feierstunde im Schloss Bellevue am Donnerstag auch dazu, an jene Menschen aus dem Ausland zu erinnern, ohne die sich der Wohlstand nicht dauerhaft sichern lässt: „Unser Land braucht Einwanderer“, betonte das Staatsoberhaupt. „Wir verlieren uns nicht, wenn wir Vielfalt akzeptieren.“ Da war sie wieder, die viel beschworene Willkommenskultur.

Allerdings dürfte man auch die „Begleiterscheinungen der Einwanderungsgesellschaft“ nicht vergessen, sagte Gauck und zählte auf: Ghettoisierung, Jugendkriminalität, Sozialhilfekarrieren. Vor allem der Vormarsch rechtspopulistischer Splitterparteien vor der Europawahl und die Debatte über angebliche Armutszuwanderer aus Bulgarien und Rumänien haben dazu geführt, dass augenblicklich eher die negativen Begleiterscheinungen der Einwanderung diskutiert werden. Die CSU warnte vor „Sozialmissbrauch“ durch Ausländer. Und Kanzlerin Angela Merkel betonte gerade in einem Inter-

view, die EU sei „keine Sozialunion“, in der sich jeder nach Belieben Sozialleistungen aussuchen dürfe. Die Wirtschaft, Ökonomen und die Opposition sehen diese Debatte mit Sorge. Sie warnen davor, Populisten auf den Leim zu gehen und die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland wieder einzuschränken. „Viele Betriebe suchen schon heute händeringend nach Fachkräften“, sagte der Vize-Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Achim Dercks, dem Handelsblatt. „Zuwanderung leistet hier einen wichtigen Beitrag, umso mehr, als das Qualifikationsniveau der Neuzuwanderer überdurchschnittlich hoch ist.“ Tatsächlich verfügen nach älteren Daten der Bundesagentur für Arbeit knapp 43 Prozent der Zuwanderer über einen Hochschulabschluss.

Auf den ersten Blick funktioniert die Willkommenskultur noch: 1108000 Zuwanderer aus dem Ausland kamen 2013 nach Deutschland, darunter rund zwei Drittel aus EU-Staaten, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag mitteilte. Der Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen Zu- und Abwanderern, ist auf 437000 Personen und damit den höchsten Stand seit 20 Jahren geklettert. Unter den Industrieländern sind nur die USA noch attraktiver für Migranten, hat die OECD jüngst ermittelt.

Die meisten Zuwanderer kommen allerdings aus EU-Ländern, die künftig selbst mit dem demo-



Einbürgerungsfeier mit Präsident Gauck: „Vielfalt akzeptieren.“

grafischen Wandel zu kämpfen haben, mahnt Dercks. Der Zustrom könnte nach Ende der Wirtschaftskrise also schon bald versiegen. Diese Gefahr sieht auch eine Gruppe von Arbeitsökonominnen und zehne EU-Ländern. In einem Thesenpapier, das dem Handelsblatt vorliegt, fordern sie das Europaparlament und die nationalen Regierungen auf, für einen Arbeitsmarkt ohne Grenzen zu kämpfen. Zu den Unterzeichnern gehören der Direktor des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), Klaus F. Zimmermann, Pierre Cahuc von der französischen Kaderhochschu-

le ENSEA und Juan F. Jimeno von der spanischen Notenbank. Statt eine rückwärtsgewandte Politik zu betreiben, gelte es, Mobilitätshemmnisse auf Europas Arbeitsmärkten abzubauen, mahnen die Forscher. Sie fordern mehr Transparenz im Steuer- und Sozialrecht, klare Bedingungen beim Sozialleistungsbezug, eine EU-weite Anerkennung von Berufsqualifikationen oder bessere Sprachförderung. Auch der Staat müsse seiner Vorbildfunktion als Arbeitgeber gerecht werden und im öffentlichen Dienst mehr Migranten einstellen. Die ungehinderte Freizügigkeit sor-



Blockieren und kassieren
Antieuropäer werden das Gesicht des EU-Parlaments verändern. **Seite 10**



Verhandeln und taktieren
China und Russland haben viel gemein - doch reicht das aus, um eine Allianz zu schmieden? **Seite 12**

Attraktives Deutschland

Zuwanderung 2013 nach Deutschland*	Veränd. zu 2012
Europäische Union	727 075 +13,9 %
Polen	189 109 +7,2 %
Rumänien	134 494 +15,8 %
Bulgarien	58 950 +0,8 %
Ungarn	58 068 +7,7 %
Italien	57 523 +36,4 %
Spanien	36 511 +22,1 %
Griechenland	33 379 -2,1 %
Frankreich	16 593 +6,5 %
Slowakei	14 744 +8,5 %
Portugal	13 646 +16,0 %
Großbritannien	12 362 +1,7 %
Österreich	11 760 +1,4 %
Tschechische Republik	10 984 +9,5 %
Niederlande	10 972 +9,9 %

Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland



Handelsblatt | *ausgewählte EU-Länder | Quelle: Destatis

Was wird aus Paris?

Euro-Wirtschaft wächst - nur Frankreich droht neue Rezession.

Axel Schrinner
Düsseldorf

Das zweite Quartal hat für die Wirtschaft in der Euro-Zone so begonnen, wie das erste geendet hat: Deutschland hui, Frankreich pfui. Das signalisiert die am Donnerstag vom britischen Institut Markit veröffentlichte Umfrage unter Einkaufsmanagern in Europa. Der Index gilt als wichtiger Frühindikator für die Wirtschaftsentwicklung der kommenden Monate.

In Deutschland schnellte der Index für den Dienstleistungssektor um 1,7 auf 56,4 Punkte in die Höhe. Das ist der höchste Wert seit drei Jahren - Deutschlands Binnenkonjunktur boomt wie lange nicht.

Dagegen trübte sich die Stimmung in der exportlastigen deutschen Industrie leicht ein. Mit 52,9 Punkten notiert der Index aber immer noch klar über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. „Deutschland verzeichnete weiterhin robustes Wachstum, und auch in den übrigen Ländern ging es mit der Wirtschaftsleistung so stark bergauf wie zuletzt Mitte 2007“, sagte Markit-Chefvolkswirt Chris Williamson. Die Wirtschaft im gesamten Währungsraum dürfte im zweiten Quartal um etwa 0,5 Prozent wachsen, nach 0,2 Prozent zum Jahresauftakt.

Ein schwerer Bremsklotz ist Frankreich. Das Land steht am Rande einer neuen Rezession. Im ersten Quartal hatte die Wirtschaft

überraschend nur stagniert, nur rutschte der Markt-Index unter die Wachstumsschwelle. „Sorgenkind Nummer eins bleibt Frankreich, das mit der Rückkehr in die Rezession seinem Ruf als kranker Mann Europas gerecht wird“, sagte Williamson. Als zusätzliche Belastung droht Frankreich nach der Europawahl auch noch eine innenpolitische Krise. Die sozialistische Partei von Präsident François Hollande steht vor schweren Verlusten bei der Wahl am Wochenende. Vermutlich landet sie abgeschlagen auf Platz drei. Welche Folgen dies für Frankreichs wirtschaftspolitischen Kurs haben wird, ist ungewiss. Zuletzt hatte sich die Regierung für Lockerungen der EU-Stabilitätsregeln stark gemacht.

Feuer und Flamme statt Burn-out!

Der Corporate Health Award 2014

Einmal im Jahr werden deutsche Unternehmen und Organisationen mit dem Corporate Health Award für das beste betriebliche Gesundheitsmanagement ausgezeichnet.

Alle Teilnehmer erhalten:

- eine individuelle Statusanalyse ihres Gesundheitsmanagements
- ein Exemplar des Corporate Health Jahrbuchs
- die Chance auf einen von 20 kostenfreien Corporate Health Audits

EnBW Energie Baden-Württemberg AG,
Gewinner des Corporate Health Award 2012.

»Wir sind dabei, weil sich betriebliches Gesundheitsmanagement nicht am Bauchgefühl, sondern an Best Practice orientieren muss.«

Frau Amelie Torka
Referentin betriebliches Gesundheitsmanagement

Herr Dr. Lothar Zell
Leiter Arbeitsmedizin und Gesundheitsmanagement

Jetzt bewerben:

- ☎ 0288 971 43-29 oder -32
- ✉ info@corporate-health-award.de
- 🌐 corporate-health-award.de

EuPD Research
Sustainable Management



Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Schirmherrschaft:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Premium Partner:
Techniker Krankenkasse
Gesund in die Zukunft.



KLAUS F. ZIMMERMANN

„Wir brauchen Bewegungsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt“

Der Bonner Arbeitsökonom warnt vor der gefährlichen Tendenz, die Freizügigkeit in Europa einzuschränken.



Ökonom Zimmermann: „Mehr Erfahrung im Ausland sammeln.“

Menschen zu uns kommen. Denn viele wirtschaftliche Probleme Europas, einschließlich der des Euros, lassen sich nur lösen, wenn wir die Flexibilität, die wir bei den Wechselkursen verloren haben, durch mehr Flexibilität auf den Arbeitsmärkten auffangen. Auf der anderen Seite gibt es Tendenzen, die Freiheit auch innerhalb Europas wieder einzuschränken.

Woran denken Sie?
Die Schweizer haben sich in einer Volksabstimmung gerade für eine Beschränkung der Zuwanderung ausgesprochen. Und nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, Holland oder Dänemark wird derzeit vor allem die Debatte ge-

führt, ob wir nicht eine Einwanderung in den Wohlfahrtsstaat haben, die belastend ist. Das ist eine sehr gefährliche Diskussion.

Warum?
Weil sie sich nicht auf Fakten stützt, sondern Stimmungen bedient, die mit Europafrustration und anderen Dingen zu tun haben, nur nicht mit dem eigentlichen Migrationsproblem. Aktuelle Daten belegen ja: Der weitaus größte Teil der Zuwanderer, die zu uns kommen, haben eine Beschäftigung und belasten die Sozialkassen nicht.

Sie fordern, weiter bestehende Mobilitätshemmnisse in Europa zu beseitigen. Woran denken Sie?

Es gibt immer noch erkennbar Sprachprobleme, kulturelle Anpassungsprobleme und Informationsdefizite. Dabei sollte es künftig selbstverständlich sein, dass ein guter Teil der Bevölkerung temporär auch im Ausland gearbeitet hat. Es muss das Ziel sein, gerade junge Menschen etwa in der Lehrlingsausbildung oder im Studium noch mehr Erfahrung im Ausland sammeln zu lassen.

Welche Informationsdefizite beklagen Sie?
Ein Zuwanderer muss wissen, unter welchen realen Bedingungen er kommt und was ihm am Ende übrig bleibt, wenn er hier etwas leistet. Und da gibt es ein Dickicht an

Nachweis der Steueridentifikationsnummer verhindert werden.

Der Gesetzentwurf folgt Merks Absage an eine Sozialunion. Nur mit europaweiter Solidarität lasse sich aber die Armut bekämpfen, die viele Menschen aus anderen Ländern erst nach Deutschland treibe, sagt Wolfgang Strengmann-Kuhn, sozialpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion. Aber auch er mahnt im Einklang mit der Wirtschaft: „Ökonomisch brauchen wir die Zuwanderung. Deshalb ist es wichtig, nicht an der Schraube Freizügigkeit zu drehen.“

Vorschriften. Nur ein Beispiel: Nur wenn ein Migrant sechs Jahre in Deutschland bleibt, kann er seine Rentenansprüche komplett reklamieren. Geht er früher zurück, bleibt der vom Arbeitgeber eingezahlte Anteil beim Staat. Da kann man sich ja schon fragen, ob man das nicht anders regeln kann.

Brauchen wir also die Sozialunion mit einer Vereinheitlichung des Steuer- und Sozialrechts?
Nein, wir sind hier durchaus für einen Wettbewerb zwischen den Nationalstaaten. Aber wir fordern eine bessere Koordinierung und mehr Transparenz.

Die Fragen stellte **Frank Specht**.